

13. Sitzung des Personalausschusses am 05.12.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2.2	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 28.11.2018: Umgestaltung einer Planstelle zur Integration von Spätaussiedlern und deutschen Rückwanderern	
-----	--	--

Der Vorsitzende verlas den Tagesordnungspunkt und fragte bei der antragstellenden Fraktion nach einem Wortbeitrag hierzu.

Abg. Klein führte hierzu aus, dass es bei diesem Antrag darum ginge, dass die betreuten Personenkreise (Neuankömmlinge), die bereits einen Bezug zu unserer Region hätten, nicht schlechter gestellt würden als diejenigen, die Kulturfremd zu uns kämen. Weiterhin sei hierzu ebenfalls zu sagen, dass die Fraktion Wert darauf lege, dass hier keine zusätzlichen Kosten entstünden.

Abg. Becker gab an, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag ablehnen werde, da hier keine Notwendigkeit gesehen würde. Die Aufgaben würden derzeit sehr gut wahrgenommen und blendend betreut.

SKB'in Neuhoff führte aus, dass die Fraktion GRÜNE sich diesem Antrag nicht anschließen werde. Die Arbeit der Verwaltung für alle Bürger/innen, die hier im Kreis begrüßt würden, sei hervorragend und man sehe für eine Veränderung keine Notwendigkeit.

Abg. Krupp wies darauf hin, dass dieser Antrag der AfD-Fraktion weit von dem entfernt läge, was die SPD-Fraktion für gut und richtig halte. Derzeit würde gute Arbeit geleistet und es gäbe aus ihrer Sicht keinen weiteren Diskussions- und Handlungsbedarf.

Der Vorsitzende ließ über den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 28.11.2018 abstimmen.

B.-Nr.
24/18

Abst.- **Abgelehnt Mehrheitsbeschluss ./f. AfD**
Erg.:

2.3	Antrag zum Haushalt 2019/2020 - Bekämpfung der Schwarzarbeit	
-----	--	--

Der Vorsitzende verlas den Tagesordnungspunkt, der als Tischvorlage in den Personalausschuss eingebracht wurde und fragte nach Wortbeiträgen hierzu.

Abg. Becker schlug vor, den Antrag der SPD-Fraktion zur Beratung in den Finanzausschuss zu verweisen, da er sehr kurzfristig eingebracht worden sei. Es habe noch keine Gelegenheit gegeben, diesen zu beraten. Er erwarte zu diesem Themenkomplex auch eine entsprechende präzise Vorlage der Verwaltung, und dann könne man dies im Finanzausschuss abschließend beraten.

SKB'in Neuhoff schloss sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Sie plädierte ebenfalls dafür, dass dieser Antrag im aktuellen Personalausschuss inhaltlich nicht